

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/62

Bonn, den 31. März 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	<u>Die Pause in Genf</u>	74

Verhandlungen um Atomsperrvertrag im kritischen Stadium

Von Pierre Simonitsch, Genf

3 - 3a	<u>Griechenland jetzt am Scheideweg</u>	54
--------	---	----

Neue Hoffnung auf stabile Verhältnisse

Von Günter Markscheffel

	<u>Spionage auf den Meeren</u>	44
--	--------------------------------	----

Sonderaufgaben russischer Fischtrawler

5 - 6	<u>Jugendkriminalität auch in Osteuropa</u>	73
-------	---	----

Überall verschärfte Strafjustiz

Von Hans Peter Rullmann, Belgrad

Die Pause in Genf

Verhandlungen um Atomsperrvertrag im kritischen Stadium

Von Pierre Simonitsch, Genf

Auf Antrag der Vereinigten Staaten ist die Abrüstungskonferenz für sechs Wochen vertagt worden. "Ich kehre nach Washington zurück, um dort an Konsultationen mit einer Anzahl von Verbündeten über die Aufsetzung eines Atomsperrvertragsentwurfs teilzunehmen", erklärte US-Delegationschef William Foster am Genfer Flughafen. Sowjetbotschafter Roschtschin versprach seinerseits in der letzten Sitzung, auch die Sowjetunion werde außerhalb der Konferenz alle Anstrengungen unternehmen, den Weg zu einem Abkommen zu ebnen. Die acht blockfreien Staaten im Abrüstungsausschuß kamen überein, ihre Delegationen während der Konferenzpause in Genf zu belassen, um unter sich ins Reine zu gelangen. Die Verhandlungen werden also trotz der Vertagung intensiver denn je weiterlaufen.

Nur sögernd unterbrochen

Dennoch hatten es die Amerikaner nicht leicht, die verlängerte Osterpause durchzusetzen. Die Sowjets gaben nach einigem Zögern ihre Zustimmung unter der Bedingung, daß die Mehrheit des Ausschusses mit der Vertagung einverstanden sei. Eine Abstimmung war nicht nötig. Einige Delegationen sprachen jedoch offen ihre Zweifel an der Richtigkeit einer längeren Konferenzpause zum gegenwärtigen Zeitpunkt aus. Der schwedische Delegationsleiter meinte, man sehe schwerlich ein, warum die Konsultationen innerhalb der Allianzen nicht parallel mit den Genfer Diskussionen geführt werden könnten. Sein indischer Kollege machte geltend, daß es vorteilhafter wäre, eine Vertagung zu beschließen, sobald ein umfassender Vertragsentwurf auf dem Tisch liegt, um dann den Regierungen Zeit zum Nachdenken zu geben.

Blockfreie wollen vollständigen Vertragstext

Die USA haben sich durch ihren Vertagungsantrag und dessen Rechtfertigung praktisch verpflichtet, bis zur Wiederaufnahme der Konferenz am 9. Mai die für einen Vertragsentwurf noch umstrittenen Artikel fertigzustellen. Die Sowjetunion weigert sich, Fragmente zu unterbreiten, und auch die Blockfreien wollen als Ganzes sehen, worüber sie verhandeln sollen. Der indische Vertreter hat aus diesem Grunde seit der Auf-

nahme der Konferenz im Februar noch keine einzige Rede gehalten; ebenso der rumänische.

Sollte es der amerikanischen Diplomatie im Laufe der nächsten Wochen nicht gelingen, unter Einbeziehung ihrer Verbündeten einen allseitig annehmbaren Vertragsentwurf vorzulegen, so würde die Genfer Konferenz wahrscheinlich in ein übles Fahrwasser gleiten. Wer könnte dann verhindern, daß die Sowjetunion ihre Zugeständnisse zurückzieht und mit anderen Ostblockstaaten die sterilen Angriffe gegen die NATO-Staaten im allgemeinen und gegen die Bundesrepublik im besonderen wieder aufnimmt?

Nuancierte Sowjetäußerungen

Sowjetbotschafter Roschtschin hat in den letzten Wochen seine Polemiken gegen den Westen auf ein Mindestmaß für den Hausgebrauch gedrosselt. Sogar die Anschuldigungen gegen die Bundesrepublik wurden nuanciert. Keineswegs wurde die Bundesregierung als Gegner des geplanten Atomsperrvertrags hingestellt, sondern nur "gewisse Kreise". Roschtschin zitierte Adenauer und Strauß, aber nicht Kiesinger oder Brandt. "Objektiv betrachtet ist auch die Bundesregierung am Zustandekommen des Atomsperrvertrages interessiert", erklärte Roschtschin in einem Gespräch mit Journalisten. "Der Widerstand in Westdeutschland kommt nur von seiten einzelner Persönlichkeiten."

Allseits guter Wille erwartet

Bei den meisten Bemühungen um die Bewältigung politischer Probleme taucht einmal ein günstiger Moment auf, den man nicht verpassen darf. Jahrelang bezichtigten sich die USA und die Sowjetunion gegenseitig des unehrlichen Traktierens - nun haben die beiden Weltmächte weitgehende Übereinstimmung erzielt. Die Forderung der nuklearen Nichtverbreitung, ein Atomsperrvertrag müsse auch den Atommächten Verpflichtungen auferlegen und die Aussicht auf effektive Abrüstungsmaßnahmen öffnen, wird in Genf noch ausführlich diskutiert werden. Die von den Großmächten unterschriebenen Resolutionen der UNO-Generalversammlung beruhen auf diesem Prinzip. Die anhängenden technischen Fragen jedoch - wie Überwachung des Vertrags, Garantien für eine uneingeschränkte friedliche Nutzung der Kernenergie - sollten sich bei gutem Willen und pragmatischer Einstellung während der Konferenzpause lösen lassen. - Das ist jedenfalls der Eindruck bei den meisten Beobachtern des politischen Geschehens in Genf.

Griechenland jetzt am Scheideweg

Neue Hoffnung auf stabile Verhältnisse

Von Günter Markscheffel

Wenn nicht alles täuscht, ist Griechenlands König jetzt bemüht, frühere, auf Anraten wenig kluger Berater, getroffene Entscheidungen zu revidieren. Nach dem am Donnerstagabend dieser Woche erfolgten Rücktritt der griechischen Regierung wird jetzt in Athen darüber beraten, ob die für Mai dieses Jahres vorgesehenen Parlamentswahlen nicht vorverlegt werden können, um endlich wieder Ruhe im Lande herbeizuführen.

Über Griechenland und die dortigen politischen Verhältnisse sind in letzter Zeit in vielen Zeitungen die merkwürdigsten Artikel veröffentlicht worden. Wir haben immer den Standpunkt vertreten, daß der am 15. Juli 1965 herbeigeführte Sturz der legalen Regierung des Ministerpräsidenten Papandreu die griechische Demokratie in ihren Grundfesten erschütterte, wodurch die Gefahr heraufbeschworen wurde, daß in Griechenland entweder eine Militärdiktatur, gekoppelt mit einer Diktatur der Besitzer großer Vermögen, oder eine zu allen politischen Abenteuern bereite Irredenta an einem der wichtigsten Punkte des NATO-Bündnisses im südosteuropäischen Raum entstehen könnte. Man hat uns für diese Betrachtungsweise der Vorgänge in Griechenland gelegentlich gescholten. Was sich jetzt in Athen abspielt, ist eine Bestätigung alles dessen, was wir seit 1965 befürchtet hatten. Sogar die FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, deren Berichterstattung über die Vorgänge in Griechenland mitunter recht einseitig war, muß jetzt - am 31. März 1967 - zugeben:

- * "Das Ergebnis einer etwas gründlicheren Analyse bestünde aber
- * wahrscheinlich darin, daß sich im Entwicklungsland Griechen-
- * land die Gegensätze zwischen der herrschenden Klasse wohlha-
- * bender Familien mit dem königlichen Hof an der Spitze und ei-
- * ner sich ihrer demokratischen Rechte immer mehr bewußt gewor-
- * denen und an Zahl ständig mehrenden Schicht von Arbeitern,
- * Bauern und Kleinbürgern unverkennbar zuspitzen. Der 15. Juli
- * 1965, an dem der König entweder Papandreu entließ oder die-
- * ser aus eigenem Entschluß zurücktrat, war für die zur Macht
- * strebenden Kräfte der Wendepunkt. Was sich seither in Grie-
- * chenland abspielte, den Aspida-Prozeß mit eingeschlossen,
- * war nichts als der Versuch, diese politische Wende nicht akut
- * werden zu lassen."

Um zu verstehen, was dieser Hinweis auf die tatsächliche Lage in Griechenland bedeutet, sei an folgendes erinnert: Im Frühjahr 1960 hatte die griechische Rechte nach einem harten Wahlkampf und unterstützt von Armee und Gendarmerie, eine knappe Mehrheit erringen können. Kurz darauf stellte sich heraus - bestätigt durch

Gerichtsurteile -, daß auch diese knappe Mehrheit nur durch Wahlfälschungen erreicht worden war. Bei den darauffolgenden Wahlen im Frühjahr 1964 erhielt die Zentrumsunion Papandreu die absolute Mehrheit. Ministerpräsident wurde Papandreu. Die neue Regierung mit ihrer kompakten Parlamentsmehrheit verabschiedete sofort eine Reihe von wirtschaftlichen und sozialen Gesetzen, die erkennen ließen, daß Griechenland endlich den Weg zu einem modernen demokratischen und sozialen Rechtsstaat einzuschlagen gewillt war. Das gefiel natürlich der kleinen, aber sehr einflußreichen und wohlhabenden Oberschicht Griechenlands nicht. Etwa 30 Zentrumsabgeordnete wurden mit dem Versprechen, Minister und Staatssekretäre zu werden, aus der Partei "herausgeschält", die Mehrheit Papandreu im Parlament wurde dadurch zerstört und der junge König, unterstützt von Beratern der Armee und der Hochfinanz, erzwang den Rücktritt der legal gewählten Regierung.

Seither ist Griechenland nicht zur Ruhe gekommen. Mehrere vom König berufene Ministerpräsidenten regierten mit wechselnden Mehrheiten, wurden aber immer wieder gestürzt, wenn lebenswichtige Fragen im Parlament zur Entscheidung standen. Vorübergehend versuchte man, die Zentrumsunion und ihren Führer Papandreu mit der Behauptung auszuschalten, diese Partei begünstige den Kommunismus. Das war natürlich ein ausgemachter Schwindel, auf den nur einige Griechenland oberflächlich kennende Beobachter hereinfallen konnten. Das griechische Volk wußte es besser. Der Einfluß Papandreu im Volk wuchs von Monat zu Monat.

Aber noch hatten diejenigen Kreise, die seinerzeit den Sturz Papandreu herbeiführten, nicht aufgegeben.

Es gibt zahlreiche Anzeichen dafür, daß sie noch vor wenigen Tagen versuchten, die im Mai fälligen Wahlen zu verhindern oder schon in deren Vorbereitung zu verfälschen. Während der Osterfeiertage wurde ein zuverlässiger demokratischer General, der Inspekteur der griechischen Streitkräfte, Tsclakas, abgesetzt. Auch der Chef der Gendarmerie und der Polizei der Hauptstadt Athen wurde abberufen. Wahrscheinlich wollten die Gegner Papandreu wieder das Rezept von 1961 anwenden und mit Hilfe von Armee und Gendarmerie die unumgänglichen Wahlen manipulieren.

Nach den jahrelangen, die Wirtschaft und das Gesellschaftsgefüge Griechenlands erschütternden innenpolitischen Kämpfen besteht jetzt vielleicht die Hoffnung, daß nach Durchführung legaler Wahlen wieder eine Regierung zustande kommt, die das Reformprogramm Papandreu fortsetzt und Griechenland wieder zu einer stabilen Demokratie werden läßt.

+ + +

Spionage auf den Meeren

Sonderaufgaben russischer Fischtrawler

az - Es gibt viele Hinweise dafür, daß das vor der dänischen Nordwestküste gesunkene sowjetrussische Fischereifabrikschiff "Tukan" im Nebenauftrag für die Seespionage tätig gewesen ist. Die "Tukan" war in der Nacht zum 23. Februar dieses Jahres offenbar von einer mächtigen Welle in die Tiefe gerissen worden, wobei 57 Besatzungsmitglieder den Tod fanden.

Inzwischen hat sich der militärische Abschirmdienst der NATO eingeschaltet. Man hat Erkenntnisse darüber, daß die "Tukan" mit elektronischen Ausrüstungen bestückt war. Es hat auch in Dänemark Überraschung hervorgerufen, daß in jener Unglücksnacht andere russische Fischtrawler bestrebt waren, niemanden an die Rettungsaktion herankommen zu lassen, was jedoch nicht gelang. Inzwischen haben die Russen in eigener Regie den Versuch unternommen, die "Tukan" zu bergen. Das Bergungsschiff "Strogij" ist an der Unglücksstelle; russische Taucher untersuchen das Wrack. Es wäre höchst beklagenswert, wenn die tatsächlich in der Unglücksnacht bestandene Geheimhaltung der russischen Trawlerflotte über das von der "Tukan" betroffene Unglück dazu geführt hätte, daß eine Reihe russischer Seeleute nicht noch gerettet werden konnten.

Wenige Tage, nachdem die "Tukan" unterging, brachte die amerikanische Küstenwache vor der Südküste von Alaska einen sowjetrussischen Fischtrawler auf. Aus militärischen Gründen beträgt die Sicherheitszone hier vierzig Meilen und gilt auch als nationale amerikanische Fischereizone. Der Trawler hatte innerhalb der 40-Meilen-Zone gefangen. Aber auch in diesem Fall sind die Abwehrdienste eingeschaltet worden. Schon wird untersucht, ob nicht auch dieses russische Fischereischiff Ausspänaufträge hatte.

Man weiß seit langem, daß die russische Fischereiflotte, die für den Nordatlantik und das Eismeer in Königsberg beheimatet ist, den Nebenauftrag der elektronischen Spionage durchführt. Es geht einmal darum, festzustellen, auf welchen Frequenzen die Kriegsschiffe der NATO ihren Funk- und Sprechfunkverkehr abwickeln. An Bord vieler russischer Fischtrawler befinden sich Offiziere der Baltischen Kriegsflotte. Ein besonderer Aspekt gilt auch der Erforschung von Radarwellen des NATO-Frühwarnnetzes.

Es ist des öfteren festgestellt worden, daß sich die russischen Fischdampfer recht lange in internationalen Gewässern vor Häfen aufhalten, in denen die NATO wichtige Funk- und Radarstationen unterhält. Diese Fischtrawler sind mit Spezialgeräten ausgerüstet, welche Erkenntnisse über Meeresströmungen, Salzgehalt und Temperaturen des Wassers sammeln. Diese Feststellungen dienen der russischen U-Boot-Flotte, die sich gegen elektronische Suchgeräte der NATO in bestimmten Meeresgebieten tarnen kann, wenn sie die Spezialverhältnisse des Wassers kennt.

Jugendkriminalität auch in Osteuropa

Von Hans Peter Rullmann, Belgrad

Ein Jugendlicher mit einem Ziegelstein in der Hand nähert sich in einer dunklen Straße Warschaus einem Fremden und fordert ihn unvermittelt auf, den Ziegelstein zu kaufen. Sollte sich der Fremde weigern, stellt ihn der Jugendliche vor die Wahl, sich das doch noch einmal zu überlegen oder sich den Stein ins Gesicht werfen zu lassen.

Solche abendlichen Abenteuer sind aber nicht nur in Polen - wo innerhalb eines Jahres die Zahl der jugendlichen Verbrecher um ein Drittel und die Anzahl von Vergewaltigungen um 13 Prozent stiegen an der Tagesordnung, sondern in ganz Osteuropa:

In der mährischen Stadt Brünn sahen dreißig Leute tatenlos zu, wie zwei Jugendliche einen älteren Polizisten angriffen, der ihnen lediglich die weitere Betätigung der Motorhupe untersagt hatte. Die beiden warfen den tschechischen Milizionär zu Boden und schlugen wild auf ihn ein. Es waren in diesem Falle erst ausländische Touristen, die ihn davor retteten, einfach totgetrampelt zu werden. Wie die Prager Regierung in einem Gesamtüberblick zugab, stieg die Verbrecherzahl um 15 Prozent über das Vorjahresniveau, und bei zehn Prozent dieser Verbrechen handelt es sich um Straftaten Jugendlicher.

In der Sowjetunion hat diese gefährliche Entwicklung bereits solche Ausmaße erreicht, daß man ein Sonderministerium zur Bekämpfung des sogenannten "Ruliganismus" ("Halbstarkentums") gründen mußte, dessen erste Maßnahme in einer Verschärfung der Haftbedingungen für jugendliche Gewaltverbrecher bestand. Wer sich weigert, zu arbeiten, oder wer seine Arbeit in der Haft nur unlustig vollzieht, erhält jeden zweiten Tag nur Wasser, Salz und Brot und wird sofort seines oft westlichen Vorbildern angeglichenen Kopfschmuckes beraubt.

Eine der von osteuropäischen Dienststellen immer wieder angeführten Ursachen für das erschreckende Anwachsen vor allem der Jugendkriminalität ist der enorme Alkoholgenuß. In Ungarn z.B. wo jährlich über 7 000 jugendliche Gesetzesbrecher vor den Kadi treten müssen, nehmen laut einer Statistik des Gesundheitsministeriums 91 Prozent der Kinder schon im Kindergartenalter Alkohol zu sich. Als ungarische Behörden in einem Schulkinder-Ferienheim am Plattensee eine Razzia durchführten, fanden sie 42 Flaschen Schnaps, 23 Flaschen Rum und acht Flaschen Wein.

Aber da die kriminelle Welle vor allem unter der osteuropäischen Jugend nur schlecht mit dem Idealbild des Kommunismus vom "neuen Men-

schen" zusammenpaßt, hüllen sich viele staatliche Dienststellen der betroffenen Staaten noch gerne in Schweigen - vor allem in Rumänien, das nur ungern seine schmutzige Wäsche vor fremden Augen wäscht. Immerhin konnte man einigen der letzten Nummern der Bukarester Zeitung "Romania Libera" entnehmen, daß erstens Ladendiebstähle zur Tagesordnung vor allem in den Selbstbedienungsläden gehören, und daß zweitens in Bukarest Prostituierte - "viele nicht älter als dreizehn Jahre" - dreist den ganzen Tag in Restaurants, Cafés und Bars herumsäßen und nur einen Regenschirm über ihren Bikini gestreift hätten. Womit, es sei noch einmal betont, das meiste ungesagt geblieben ist.

Viel freier in der Berichterstattung ist Jugoslawien - der Blick auf nur zwei Tage beweist es: Am 8. März um 10 Uhr explodierte im Verlauf eines Streites um ein Stück Land, das bereits vor dem Kriege verkauft worden war, eine Bombe, die zwei beteiligte Angehörige der albanischen Minderheit tötete; wenig Stunden später schoß im selben nationalen Minderheitsgebiet der Skipetare Hamid Bejtula auf den 35-jährigen Risa Bejtula, weil dieser im vergangenen August seinen Vater ermordet hatte; am selben Tag stach der 30-jährige Landarbeiter Serif Rizvić erst in sein eigenes Bein, dann in den Leib des 28-jährigen Raschid Muschidić - beide erlagen an den Messerverletzungen; am Dienstag, den 14. März, verteidigten gegen 1 Uhr in der Nacht vier Jugendliche in Novi-Belgrad mit Hilfe eines gestohlenen Revolvers einen gestohlenen Wagen - das Todesopfer war der 27-jährige Polizist Petko Biotšchanin; am Abend desselben Tages schlug der montenegrinische Jurist Ivanović dem Arbeiter Brković mehrfach mit einem Stuhl auf den Kopf; vor der Gaststätte zog der Arbeiter seine Pistole und tötete den "Rechtsvertreter".

Obgleich aus der Beschreibung dieser Verbrechen hervorgeht, daß auch durchaus traditionelle Motive - Blutrache, Familienstreitigkeiten (Dorftrogödien) usw. - eine gewichtige Rolle weiterspielen, ist nicht zu übersehen, daß allein in Belgrad innerhalb eines Jahres die Zahl der jugendlichen Delinquenten von 3 548 auf 5 243 angestiegen ist. Wie überall in Osteuropa wird nun auch in Jugoslawien eine Verschärfung des Strafgesetzes vorbereitet; über die Ursachen und vor allem über die Erklärung eines solchen Phänomens in einer "sozialistischen Gesellschaft" zerbricht man sich kaum den Kopf.

+ + +